

Küng, Emil

Article — Digitized Version

Das Problem der Armut in den rückständigen Gebieten

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Küng, Emil (1954) : Das Problem der Armut in den rückständigen Gebieten, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 34, Iss. 3, pp. 133-138

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/131863>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

ABHANDLUNGEN

ROHSTOFFLAGE / VOLLBESCHÄFTIGUNG / LEBENSSTANDARD

Die Beziehungen zwischen den Industrieländern und ihren Rohstofflieferanten sind problematisch geworden. Die Bevölkerung der unterentwickelten Gebiete, der wichtigsten Rohstoffländer, ist infolge des erwachenden Nationalismus nicht mehr bereit, sich mit einem Lebensstandard am Rande des Existenzminimums abzufinden. Um ihre Rohstoffversorgung gegen den drohenden kommunistischen Einfluß in diesen Gebieten zu schützen, sind die westlichen Industrieländer gezwungen, mit Kapital und technischem Beistand zur Erschließung der rückständigen Gebiete beizutragen. Jedoch dürfen sie aus strategischen Gründen die oft unter höheren Kosten produzierende inländische Bergwerksindustrie nicht verfallen lassen. Gleichzeitig läßt sich die Politik der Vollbeschäftigung oft nur mit einer enormen Verschwendung der auf vielen Gebieten sehr begrenzten Rohstoffvorräte der Welt durchführen. — Mit welchen Schwierigkeiten muß bei der Industrialisierung der unterentwickelten Gebiete gerechnet werden? Welcher Ausgleich bietet sich den USA. zwischen einer billigen und ausreichenden Rohstoffversorgung aus dem Ausland und den Interessen der inländischen Bergwerksindustrie? Welche Gefahren ergeben sich aus der Politik der Vollbeschäftigung für die Weltrohstoffvorkommen insgesamt? Das sind die Probleme, mit denen sich die folgenden Abhandlungen befassen.

Das Problem der Armut in den rückständigen Gebieten

Prof. Dr. Emil Küng, St. Gallen

DIE GEGENWARTSLAGE

Während früher die Wirtschaftsverhältnisse „hinten, weit in der Türkei“ die Geister in den hochindustrialisierten Ländern kaum interessierten, hat sich in den jüngsten Jahren in dieser Beziehung ein deutlicher Wandel vollzogen. Fast auf allen internationalen Konferenzen kommen heute die Probleme der unentwickelten Länder zur Sprache. Namentlich seit der Verkündung von Trumans „Punkt Vier“ hat die Einsicht in weiteren Kreisen Fuß gefaßt, daß man der oft unerhörten Armut in jenen Zonen nicht mehr untätig zusehen dürfe, weil sonst auch das politische Gleichgewicht der westlichen Welt bedroht würde. Insbesondere gab man sich auch Rechenschaft darüber, daß die Versorgung der wohlhabenderen Länder in hohem Maße von den Zufuhren aus den unentwickelten Gebieten abhängt und daß politische Unruhen und soziale Revolten diese Zufuhren gefährden. Infolgedessen bemüht man sich mehr und mehr, mit Kapitalhilfe und technischer Unterstützung diesen Ländern unter die Arme zu greifen und ihre Nöte zu lindern.

Bei der Verwirklichung dieses Vorhabens erwachte freilich auch das Bewußtsein davon, wie ungeheuer schwierig die Probleme sind, mit denen man bei einer wirkungsvollen Unterstützung zu kämpfen hat, und wie fragwürdig die erzielten Erfolge oft sind. Die Armut in den rückständigen Gebieten der Welt zu überwinden, ist in der Tat ein Sisyphus-Unternehmen. Schon zu Beginn haben wir uns nämlich darüber klar zu werden, daß beispielsweise in Südostasien die Verarmung in den vergangenen 20 bis 50 Jahren eher

zugenommen hat. Namentlich die Einführung der modernen medizinischen und hygienischen Methoden hat sich in dieser Beziehung als ein Danaergeschenk erwiesen, indem diese wohl die Sterblichkeit herabdrückten, aber gleichzeitig und gerade dadurch die Bevölkerungszahlen immer weiter anschwellen ließen. Für Indien z. B. hat man errechnet, daß etwa im Jahre 1880 noch 2500 Kalorien pro Person und Tag zur Verfügung standen; heute dagegen wird die Nahrungsmittelversorgung auf nur noch 1600 Kalorien geschätzt.

Schon aus diesen Ziffern geht die chronische Unterernährung hervor, die sich natürlich von Zeit zu Zeit zu eigentlichen Verhungerszuständen auswächst. Daß unter solchen Verhältnissen eine durchgreifende Besserung der Lage äußerst schwerfällt, leuchtet ohne weiteres ein. Daß aber auch die Kaufkraft der Bevölkerung unsäglich bescheiden sein muß, wird schon daraus ersichtlich, daß etwa auf dem Lande eine jährliche Arbeitszeit von drei bis vier Monaten während der Ernteperioden die Regel bildet. Infolgedessen herrscht ein arbeitsloses Landarbeiterproletariat vor, das unter denkbar primitiven Bedingungen zu leben gezwungen ist. Daß aber solche Leute — die zum größten Teil Analphabeten sind — sich auch nicht für eine geordnete und Zuverlässigkeit erfordernde Fabrikarbeit eignen, liegt auf der Hand. Selbst wenn daher im Zuge der Industrialisierung die Arbeitsplätze geschaffen würden, um den Leuten Beschäftigung und damit Einkommen und Brot zu geben, so ist doch offensichtlich, daß es sich zunächst nur um allereinfachste Tätigkeiten handeln kann.

DIE PSYCHOLOGISCHE EINSTELLUNG

Selbstverständlich ist die Armut der unteren Bevölkerungsschichten nicht eine Erscheinung der Neuzeit, sondern so alt wie die Menschheit selbst. Daß vielleicht drei Viertel der Weltbevölkerung stets am Rande des Hungers und des Hungertodes dahinvegetieren, ist denn auch nichts Ungewohntes. Neu ist dagegen der Umstand, daß die breiten Massen in den rückständigen Ländern nicht mehr ohne weiteres gewillt sind, sich mit dieser Tatsache abzufinden. Auch in dieser Hinsicht hat sich der Einfluß des Westens ausgewirkt. Gehörte früher die Armut zum Kismet oder war sie ein Fatum, das man als gottgegeben hinnahm, so verändert nunmehr das Eindringen westlicher Ideen diese Geisteshaltung mehr und mehr. Bewegte man sich bisher in festgefühten Religionen und sozialen Ordnungen, durch die die Nichtigkeit der äußeren Bedürfnisse betont und die straffe Eingliederung in einen hierarchischen Gesellschaftskörper als natürlich angesehen wurde, so breitet sich heute der materielle Fortschrittsglaube des 19. Jh. ständig weiter aus und weckt die Unzufriedenheit mit dem eigenen Schicksal. Es waren hauptsächlich das Überhandnehmen des Nationalismus und die liberalen Gedankengänge, die diese traditionelle verzichtende Haltung allmählich untergruben. Mit der erhöhten Selbständigkeit der eigenen Regierungen wuchsen auch die Ansprüche in bezug auf die äußere Lebensgestaltung. Und nachdem die früheren Oppositionsparteien der ausländischen Fremdherrschaft alle Ubel in die Schuhe geschoben und das Blaue vom Himmel herunter versprochen hatten, sehen sie sich nunmehr nach erfolgter Macht ergreifung in der Zwangslage, die früheren Zusagen zu verwirklichen und den Wohlfahrtsstaat tatsächlich einzuführen. Dabei werden sie aber die Geister, die sie riefen, nicht mehr los. Man verlangt jetzt von ihnen, die herkömmliche Einkommensungleichheit zu mildern oder gar abzuschaffen und jedem sein tägliches Brot zu sichern. Nachdem die Führer ihre Anhänger davon zu überzeugen vermochten, daß das Fortbestehen des Elends nicht Gottes Wille sei, sollen sie jetzt, da sie im Besitze der Macht sind, den Lebensstandard rasch und umfassend heben. Daß dies nur durch eine gewaltige Steigerung der Produktivität, der Kapitalbildung und des Arbeitseinsatzes möglich ist, wird vom Mann auf der Straße kaum verstanden. Man könnte nun geneigt sein, diese Spannungen als rein interne Fragen der einzelnen Länder zu betrachten, mit denen die betreffenden Regierungen selber fertig zu werden hätten. Unglücklicherweise ist dem aber in der gegenwärtigen weltpolitischen Lage nicht so. Denn es gibt eine Partei, die aus der Unzufriedenheit der Massen politisches Kapital zu schlagen versteht. In der Tat übertreffen die Sendlinge Moskaus, die in allen rückständigen Ländern am Werke sind, mit ihren Versprechungen eines künftigen Paradieses alle nationalen Volksvertreter und Regierungsmänner — besonders nachdem diese nun einen Vorgeschmack von den realen Schwierigkeiten erhalten haben, die zu überwinden sind. Es ergibt sich daraus

eine gefährliche Konkurrenz der Ideologien, bei der die Anhänger der überlieferten Parteien und vor allem die noch nicht organisierten und politisch geschulten Volksmassen um so schwerer bei der Stange zu halten sind, je hemmungsloser und verantwortungsloser die Kommunisten ihre Werbetrömmel rühren können und je mehr sie imstande sind, auf das praktische Versagen der Regierung bei der Lösung ihrer Aufgaben hinzuweisen.

Die Möglichkeit einer Zerrüttung der mühsam errichteten Staatsautorität ist daher nicht von der Hand zu weisen. Der Übergang weiterer Länder ins kommunistische Lager wäre indes für den Westen eine zu schwerwiegende Angelegenheit, als daß man dem mit verschränkten Armen zusehen dürfte. Darin ist denn auch der politische Grund für die Hilfeleistung zu erblicken. Es gilt, die auf demokratischem Wege zustande gekommenen Regierungen zu stützen und ihnen bei der Bekämpfung der Armut tatkräftig beizustehen. Damit keine Fehlinvestitionen großen Stils vorkommen, wie es bei einem derartigen Eingreifen nur zu leicht möglich ist, muß dem eine gründliche Analyse der Ursachen des Elends und der Abhilfemöglichkeiten vorausgehen.

DER BEVÖLKERUNGSDRUCK

Unter den Gründen, die zu dem heutigen unerhört niedrigen Versorgungsniveau Anlaß gaben, ist zweifellos die Bevölkerungsvermehrung an erster Stelle zu nennen. Man erhält davon ein anschauliches Bild, wenn man sich vergegenwärtigt, daß der indische Subkontinent zur Zeit einen täglichen Nettozuwachs von 14 000 Personen zu verzeichnen hat. Was es nun bedeutet, eine Bevölkerung zu ernähren, ihr Kleidung, Unterkunft und Arbeitsplätze zu verschaffen, die jahraus, jahrein jeden Tag um anderthalb Divisionen anwächst, das überschreitet alle vorstellbaren Maßstäbe und läßt von Anfang an an der Lösung des Problems verzweifeln, nicht nur den gewohnten Konsumstandard aufrechtzuerhalten, sondern darüber hinaus für die Hunderte von Millionen eine Erhöhung durchzusetzen. Wir brauchen nur zu ermessen, welche Kapitalbeträge notwendig sind, um für den laufenden Zuwachs jene Komplementärgüter bereitzustellen, die für die Behausung und Unterbringung im Produktionsprozeß benötigt werden.

Wie kam es nun aber dazu, daß die Bevölkerungszahl in der jüngeren Vergangenheit so rasch zunahm, während sie doch früher über Jahrhunderte annähernd stationär blieb? Hier ist offenbar wiederum der Einfluß des Westens maßgebend. Er brachte auf der einen Seite eine Verminderung insbesondere der Säuglings- und Kindersterblichkeit mit sich, ohne aber auf der anderen Seite für die dadurch heranwachsenden zahlreicheren Menschen automatisch auch Arbeit und Brot in hinreichendem Umfang zu beschaffen. Die Sanierung der hygienischen Verhältnisse hat gewiß insofern auch ihr Gutes, als sie — rein ökonomisch betrachtet — jene Aufwendungen für Kinder herabsetzt, die gar nie ins erwerbsfähige Alter treten. Wenn man weiß, daß

die Quote des Volkseinkommens, die beispielsweise in Indien für diese völlig „unproduktiven“ Zwecke verwendet wird, rund 20 % ausmacht, so wird daraus deutlich, daß durch ihre Ermäßigung sicherlich etwas gewonnen werden kann für alle diejenigen, die am Leben bleiben.

Auf der anderen Seite aber kann man ebensogut den Standpunkt vertreten, das Pferd werde am Schwanz aufgezümt, wenn man zuerst daran gehe, die Sterblichkeit zu verringern. Denn dadurch werde nur der Strom der Verbraucher noch größer, die von dem ohnehin zu kleinen Kuchen des Sozialprodukts zehren. Zuerst gelte es stattdessen, die Durchschnittsproduktivität der Wirtschaft zu heben und damit diesen Kuchen zu vergrößern, damit die Armut nicht unverändert groß bleibe oder gar sich noch verschlimmere. Demgegenüber kann man indes wieder die alten Argumente der Bevölkerungstheorie von Malthus ins Feld führen, die darauf hinauslaufen, daß im Falle einer Verbesserung der Versorgung die Bevölkerung ganz von selbst so stark zunehme, daß sich der durchschnittliche Lebensstandard erneut auf das Niveau des Existenzminimums senke. So sehr man sich heute über diese pessimistische Bevölkerungstheorie erhaben fühlt und mit Stolz auf das empirische Gegenbeispiel Europas und Amerikas hinweist, so sehr muß man sich doch andererseits darüber klar sein, daß diese beiden Fälle eher Ausnahmen von der Regel bilden und daß diese Regel in den unentwickelten Gebieten auch heute noch durchaus am Werke ist. Sie ist es denn auch, die die Bekämpfung der Armut als nahezu aussichtslos erscheinen läßt.

Nehmen wir an, es wäre gelungen, in einem solchen Lande die Produktivität der Landwirtschaft oder der Industrie fühlbar zu steigern und damit das materielle Los der Bewohner zu verbessern, so zeigt alle bisherige Erfahrung, daß die damit gewonnene Spanne über dem Existenzminimum dazu führt, entweder die Kinderzahl zu vergrößern oder die Kindersterblichkeit zu senken, so daß die daraufhin wachsende Bevölkerung den größer gewordenen Kuchen buchstäblich aufißt und für den einzelnen nach einer gewissen Anpassungsfrist wieder soviel übrig bleibt wie früher. Dieser ständige Bevölkerungsdruck auf den gegebenen Nahrungsspielraum ist deshalb wohl das größte Verhängnis, dem die Volkswirtschaften der unterentwickelten Länder ausgesetzt sind.

Man wird nun zwar darauf hinweisen, daß die Statistiken im Westen den Beweis dafür erbrächten, wie mit höherer Lebenshaltung die Geburtenhäufigkeit eher abnehme als anwache. Daß dies zutrifft, ist nicht zu bestreiten. Allein es ist dieser Beobachtung einschränkend hinzuzufügen, daß sie erst Gültigkeit besitzt für eine Zeit, da die Industrialisierung schon seit vielen Jahrzehnten begonnen hatte. Es scheint somit ein allgemeines Gesetz zu geben, daß beim Beginn einer Wohlstandssteigerung über das Existenzminimum hinaus oder am Anfang des Industrialisierungsprozesses die erreichten Fortschritte vor allem dazu dienen, eine erhöhte Bevölkerungszahl zu sättigen,

daß dagegen später, wenn es während längerer Zeit möglich war, trotz dieser größeren Flut des am Leben bleibenden Nachwuchses das erreichte Wohlstandsniveau zu halten oder gar noch zu steigern, der Bevölkerungsdruck allmählich nachläßt. Es liegt auf der Hand, daß in dieser zweiten Situation, in der sich die hochindustrialisierten Länder heute befinden, die Frage der Hebung des Versorgungsniveaus sehr viel leichter zu lösen ist.

Kritisch ist dagegen jene Phase, in der es darum geht, ein Land aus der Misere herauszureißen und daraufhin die erzielte Zunahme des durchschnittlichen Lebensstandards gegen den anschwellenden Strom der zahlreicheren Esser zu verteidigen. Wenn es sich in Europa als möglich erwies, im Laufe des 19. Jahrhunderts diese kritische Periode mit Erfolg zu durchschreiten, so war dafür eine Kombination von Umständen verantwortlich, die bisher weltgeschichtlich einzigartig ist. Es brauchen hier nur Stichworte genannt zu werden: Zerschlagung des starren Zunftsystems und des Merkantilismus, Entfesselung der privaten Initiative, technische Revolution, ermöglicht durch die Aufklärung, eine ausreichende Zahl von Unternehmerpersönlichkeiten, die bereit waren, Wagnisse zu übernehmen, eine bereits einigermaßen geschulte Arbeiterschaft, expandierende Absatzmärkte, die die Investitionsfreudigkeit belohnten, rationeller und aufs Äußere und Wirtschaftliche gerichteter Zeitgeist, hohe Bereitschaft zu Ersparnissen und zur Kapitalbildung, Entwicklung des Kreditsystems usw. Es ist leicht zu erkennen, daß sozusagen alle diese Elemente in den rückständigen Gebieten fehlen und daß es deshalb ungemein schwer halten wird, den entscheidenden Zeitraum ebensogut zu durchstehen. Selbst eine Industrialisierung größten Ausmaßes ist daher vom Standpunkt der individuellen Lebenshaltung aus nicht unbedingt ein Segen, falls ihre Früchte wieder absorbiert werden durch die nachwachsende Bevölkerung. Erforderlich ist vielmehr, daß die einmal erreichte Wohlstandssteigerung auch auf die Dauer beibehalten werden kann. Und dazu sind angesichts der sehr hohen Fruchtbarkeitsziffern in den rückständigen Gebieten enorme Anstrengungen vonnöten.

Es gibt indes einen Umstand, der die Zukunft etwas rosiger erscheinen läßt. Die neuesten statistischen Erhebungen scheinen nämlich zu ergeben, daß die Frist zwischen der Entfernung vom Existenzminimum und dem Rückgang der Geburtenhäufigkeit allmählich abzunehmen beginnt. Erstreckte sie sich im Falle Westeuropas auf bis zu 100 Jahren, so zeigen einige junge Industrieländer, daß diese Periode abgekürzt werden kann. Das ist natürlich eine gewaltige Erleichterung, wird doch zugleich damit auch die Bewährungsprobe für den Erfolg einer Industrialisierung verkürzt. Der Hauptbestimmungsgrund für diese eigenartige Veränderung dürfte wohl darin zu erblicken sein, daß die Technik der Geburtenkontrolle und der Wunsch der Eltern nach einem angenehmeren Leben schon verhältnismäßig früh um sich greifen.

SPARTATIGKEIT UND KAPITALBILDUNG

Die Steigerung des Realeinkommens pflegt vor allem aus zwei Quellen gespeist zu werden: den technischen und organisatorischen Fortschritten einerseits und dem vermehrten Kapitaleinsatz andererseits. Für die unentwickelten Länder sind selbstverständlich beide Methoden von größter Bedeutung, gilt es doch, die trotz der Übervölkerung äußerst rückständige Landwirtschaft zu modernisieren und dadurch die Eigenproduktion von Nahrungsmitteln auszudehnen. Daneben aber ist es nicht minder wichtig, für den Strom der ins erwerbsfähige Alter tretenden Menschen Beschäftigungsmöglichkeiten zur Verfügung zu stellen, damit sie nicht den größten Teil des Jahres arbeitslos und natürlich auch verdienstlos bleiben. Dafür eignet sich nun im allgemeinen die Landwirtschaft nicht, weil sie mit zunehmender Produktivität eher weniger als mehr Leute absorbiert. Für diesen Teil der Aufgabe ist es vielmehr unumgänglich, Arbeitsplätze in der Industrie und im Dienstleistungsgewerbe bereitzustellen. Das erfordert jedoch seinerseits vor allen Dingen eine riesige Kapitalbildung, deren Umfang etwa dadurch illustriert wird, daß man die Zahl des Nettozuwachses der Bevölkerung mit einem Betrag von mindestens 20 000, vielleicht aber auch 30 000 oder 50 000 DM pro Person multipliziert.

Die Vorbedingungen für diese Kapitalbildung sind nun aber denkbar ungünstig. Sie sind es zunächst schon deshalb, weil das Realeinkommen pro Kopf so überaus niedrig ist und weil dementsprechend die Sparquote und der absolute Ersparnisbetrag sehr gering ausfallen. Wer ohnehin am Existenzminimum lebt, der ist eben schlechterdings außerstande, eine große Vorsorge für die Zukunft zu treffen. Darin liegt u. a. auch der Grund dafür, daß die Leute durch die immer wieder vorkommenden Mißernten den Wuchern in die Arme getrieben werden, weil sie nicht auf eigene Vermögensreserven zurückgreifen können. Hinzu kommt, daß etwa die Ausgaben für Begräbnisse, Hochzeiten und dergleichen in der Regel sehr hoch sind und Zwangscharakter tragen, so daß sie oft geradezu zur Ursache der Verarmung werden. Sicher ist jedenfalls, daß bei einer durchgreifenden Reform auch das Kreditwesen namentlich auf dem Lande völlig umgestaltet werden müßte, um die Ausbeutung der Schuldner durch weit überhöhte Zinssätze zu verhindern.

Solange indes ein organisiertes Sparkassenwesen nicht besteht, ist es offensichtlich auch nicht leicht, die tatsächlich zustande kommenden Ersparnisse irgendwie zu sammeln und volkswirtschaftlich fruchtbar zu machen. In der Tat hat der einzelne kaum Gelegenheit, sie einer zuverlässigen Bank gegen Zinsen anzuvertrauen. Abgesehen davon müßte sich eine solche Gewohnheit auch erst während langer Zeit einbürgern, und sie kann nicht von einem Tag zum andern geschaffen werden, wenn die bisher vorgezogene Form der Aufbewahrung von Ersparnissen diejenige etwa von Goldhorten war. In Südamerika beispielsweise werden die vom laufenden Einkommen beiseite

gelegten Teile meistens zur Verschönerung des eigenen Hauses verwendet, weil das dort als Maßstab des Wohlstandes und der sozialen Geltung angesehen wird. Auf jeden Fall aber werden selbst die realisierten Ersparnisse nur zum geringsten Teil produktiv verwendet und stattdessen zur Hauptsache in Konsumgütern angelegt. Es liegt jedoch auf der Hand, daß eine derartige Verwendungsweise nichts dazu beiträgt, für den Bevölkerungszuwachs jene sachlichen Produktionsmittel zu erzeugen, die er zu seiner Eingliederung in den Produktionsprozeß benötigt. Selbst bei den Ersparnissen der Unternehmungen kommt es häufig vor, daß sie nicht zur Vergrößerung des eigenen Betriebes dienen, sondern im Auslande angelegt werden, weil ihre Eigentümer die Sicherheit dieser Mittel dort für größer halten als im Inland. Wenn aber schon die Einheimischen einen solchen Kapitalexport aus Sicherheitsgründen treiben, wie soll sich dann das fremde Kapital veranlaßt sehen, Investitionen in dem betreffenden Lande durchzuführen?

Wir erkennen daraus, daß zweifellos die Voraussetzungen für eine Lösung des Problems durch freiwillige nationale Sparkapitalbildung als sehr schlecht einzuschätzen sind. Welches sind aber die Alternativen? Die klassische Art und Weise, in der der Bevölkerungsüberdruck immer wieder etwas vermindert wurde, waren eben Seuchen und Hungersnöte, jene automatischen Korrektive, die Malthus als „repressive checks“ bezeichnet hatte. Will man sie jedoch in Zukunft aus humanitären oder anderen Gründen vermeiden, so bleibt nichts anderes übrig, als entweder ausländisches Kapital zu mobilisieren oder aber die inländische Kapitalakkumulation zwangsweise zu intensivieren. Wenden wir uns dem zweiten dieser Fälle zu.

INFLATION

Zwangersparnisse lassen sich zur Hauptsache durch zwei Verfahren erzielen, nämlich durch den Bankenapparat und durch den Fiskus. Der Fiskus könnte beispielsweise sehr hohe Steuern erheben und einen Einnahmenüberschuß über seine ordentlichen oder normalen Ausgaben hinaus realisieren. Dieser Betrag wäre dann für Investitionszwecke verfügbar. Es könnten damit etwa Straßen, Eisenbahnen, Hafenanlagen, Elektrizitätswerke und andere Versorgungsbetriebe errichtet, aber auch Schulen und Spitäler und ähnliches gebaut werden. All diese Dinge sind natürlich für den Fortschritt eines Industrialisierungsprozesses ungewöhnlich wichtig, weil nur auf der Grundlage funktionierender Verkehrsverbindungen, vorhandener Elektrizität, eines geschulten Arbeiterstabes usw. die industriellen sich veranlaßt sehen werden, aus eigener Initiative Betriebe in einem Landstrich zu gründen, in dem solche bisher nicht bestanden.

Leider ist indes auch in dieser Beziehung die Ausgangslage nicht erfreulich. Einnahmenüberschüsse im Staatshaushalt, die für Investitionen der genannten Art eingesetzt werden könnten, zählen in den unentwickelten Gebieten zu den größten Seltenheiten. Das ist an sich auch nicht sehr erstaunlich. Hält man sich

das niedrige durchschnittliche Realeinkommen der Bevölkerung vor Augen, so ist klar, daß hier nicht noch viel für den Fiskus abzuschöpfen ist. Vergegenwärtigt man sich weiter das Analphabetentum und den äußerst rudimentären Steuerveranlagungs- und -erfassungsapparat, so leuchtet ein, daß die Möglichkeiten zur Erhebung von Steuern begrenzt sind — ganz abgesehen von der Korruption, die mit der Armut stets Hand in Hand geht. Es ist daher auch nicht verwunderlich, daß solche Länder sich mit Vorliebe auf Zolleinnahmen und andere indirekte Steuern stützen, die verhältnismäßig leicht anzuwenden sind. Auf der anderen Seite muß anerkannt werden, daß die Notwendigkeit zur Durchführung umfassender Investitionsprogramme von den verantwortlichen staatlichen Stellen durchaus eingesehen wird — ja, daß manchmal sogar zu viel unternommen wird. Stehen nun aber zu ihrer Finanzierung keine ordentlichen Steuermittel zur Verfügung, so ist man gezwungen, andere Quellen heranzuziehen. Am nächsten läge dabei die Emission von Anleihen, durch die die freiwilligen privaten Ersparnisse der Erweiterung der Produktionsausrüstung dienstbar gemacht werden könnten. Wir haben jedoch bereits gesehen, daß diese Ersparnisse zunächst in ihrem Umfang sehr bescheiden zu sein pflegen und daß sie sodann in großem Ausmaße für Zwecke der Hortung und der Anschaffung dauerhafter Konsumgüter Verwendung finden. Ein organisierter Kapitalmarkt, in dem die Banken die einzelnen Sparpartikel in einem gemeinsamen Sammelbecken auffangen würden, existiert dagegen in der Regel nicht.

Unter diesen Umständen kann man natürlich auf den Gedanken verfallen, Zwangsanleihen zu emittieren. Diese Methode wurde denn auch schon recht häufig praktiziert. Da als „Zeichner“ solcher Emissionen aber fast nur Banken und Firmen in Betracht kommen, sind es daher auch fast ausschließlich diese, denen mit den Zwangsanleihen ein zusätzliches Sparen zugemutet wird. Um sie indes nicht in Liquiditätsschwierigkeiten zu bringen, wird ihnen oft die Erlaubnis erteilt, die übernommenen Papiere bei der Notenbank zu rediskontieren oder zu lombardieren. Die Notenbank stellt den Effektenzeichnern mit anderen Worten Bargeld oder Giro Guthaben bis zu einem bestimmten Teil oder auch bis zu 100 Prozent des Wertbetrages der Papiere zur Verfügung. Auf diese Weise kommt natürlich eine Ausweitung der Geldzirkulation zustande. Der Staat verschafft sich, anders ausgedrückt, auf eine etwas verschämte Art seine benötigten Mittel von der Zentralbank. Damit haben wir eine Form vor uns, in der die Inflation aufzutreten pflegt.

Andere Formen bestehen darin, daß sich der Fiskus bei den Privatbanken verschuldet, die zu diesem Zwecke Staatstitel in ihr Portefeuille aufnehmen und — da diese oft den Kassenreserven gleichgestellt werden dürfen — daraufhin sogar zusätzliche Kredite an die Privatwirtschaft gewähren können. Am einfachsten vollzieht sich die Geldmengenexpansion selbstverständlich dort, wo der Staat die Notenbank

dazu anhält, ihm im Umfange des Haushaltsdefizits Mittel vorzustrecken. In allen Fällen nun, in denen der Einkommenskreislauf durch die Vermehrung der Geldmenge stärker ausgedehnt wird, als sich gleichzeitig das verfügbare Sozialprodukt vergrößert, wird eine Preissteigerung Platz greifen. Hand in Hand mit ihr wird sodann ein Zwangssparen bei all jenen Bevölkerungsschichten hervorgerufen, deren Nominaleinkommen der Teuerung nicht oder doch nicht voll angepaßt werden. Sie werden mit anderen Worten gezwungen, eine Konsumeinschränkung vorzunehmen — ähnlich wie der Absicht nach auch die Zeichner der Zwangsanleihen ihren Verbrauch zugunsten der vermehrten Staatsausgaben und der größeren Staatsinvestitionen reduzieren sollen.

Werfen wir einen Blick auf die Finanzgeschichte der rückständigen Länder, so erkennen wir, daß die offene oder verdeckte Inflation in der Tat nahezu ein ständiges Merkmal ihrer Entwicklung bildet. Daß es dabei größte Ungerechtigkeiten gibt, ist nicht zu vermeiden. So hinkt z. B. regelmäßig die Entschädigung der staatlichen Angestellten dem Verlauf der Lebenshaltungskosten nach. Das Ergebnis dieser Auspowerung ist begreiflicherweise die Korruption. Durch die passive Bestechung suchen sich die knapp gehaltenen Beamten für die Realeinkommenseinbuße so gut wie möglich schadlos zu halten. Daß das der Schlagkraft und Leistungsfähigkeit des Staatsapparates nicht zuträglich ist und daß deshalb auf manche hochfliegenden Pläne von Anfang an verzichtet werden muß, weil sie schlechterdings nicht durchführbar sind, ist freilich naheliegend. Eine andere Begleiterscheinung der „Inflation in Permanenz“ ist darin zu erblicken, daß all jene Unternehmer von der Sachlage profitieren, die die Lohnsätze ihrer Arbeiterschaft nur mit Verzögerung der Teuerung anpassen oder die die staatlichen Höchstpreisbestimmungen umgehen. Das Arbeitseinkommen wird in diesem Falle zugunsten des Gewinneinkommens gekürzt. Eine solche Veränderung im Verteilungsschlüssel des gesamten Volkseinkommens wäre nun auf lange Frist und im Interesse der künftigen Generationen nicht so übel, vorausgesetzt, daß die Unternehmer die Gewinne wieder investierten und damit zusätzlichen Arbeitskräften Beschäftigung gewährten. Allein diese Verwendungsweise steht gerade in den unentwickelten Ländern keineswegs fest. Vielmehr kommt es häufig vor, daß die Gewinne eben zur Bestreitung eines Luxusaufwands beim persönlichen Konsum oder zum Kapitalexport dienen. Trifft das zu, so hat allerdings die gegenwärtige Arbeitergeneration gewissermaßen umsonst gespart, und ihr Opfer kommt nicht ihren Nachkommen zugute, wie es etwa im 19. Jahrhundert in Europa der Fall war.

FAZIT

Überblicken wir die bisherigen Ausführungen, so drängt sich die Feststellung auf, daß die erfolgreiche Bekämpfung der Armut in den Agrar- und Rohstoffländern von zahllosen Gefahren umgeben ist, von denen hier nicht einmal alle erörtert werden konnten.

Wie soll z. B. die Industrialisierung zustande kommen, wenn es an den Unternehmerpersönlichkeiten fehlt, die auf Grund eigener Initiative die gebotenen Chancen ausnutzen? Darf man sich da auf das europäische Rezept des *laissez faire* verlassen? War nicht die europäische Entwicklung dadurch in außergewöhnlichem Maße begünstigt, daß aus dem früheren Handwerker-tum ein Stamm von selbständig Erwerbenden vorhanden war, der sich nur die Möglichkeiten des Industriezeitalters durch Eröffnung von Klein- und Mittelbetrieben zunutze zu machen brauchte? Dieser Vorsprung schon in der Ausgangslage ist in der Tat nicht gering zu schätzen. Das Beispiel der Türkei oder Japans zeigt immerhin, daß man auch durch staatliche Organisationen Unternehmungen aufziehen kann, falls die privaten Kräfte fehlen — allerdings um den Preis entsprechender Schwerefälle.

Auf jeden Fall aber sehen wir, daß es unklug wäre, etwa die „Planwirtschaft“ in den unentwickelten Ländern in globo zu verdammen, weil sie namentlich für das Anfangsstadium der Entwicklung durchaus unerläßlich sein mag. Ebenso wäre es irrig, den betreffenden Regierungen die Inflationszustände mit überheblicher Miene anzukreiden — kennen wir doch selbst im alten Europa und in Friedenszeiten derartige Verhältnisse. Immer wird man vielmehr die tieferen Bestimmungsgründe ins Auge zu fassen haben, die zu den unerfreulichen Bedingungen führen: in erster Linie den Bevölkerungsdruck, dann aber auch die mangelnde Spartätigkeit und Kapitalbildung und die sich ändernde Einstellung der breiten Massen, die die Regierungen oft zwingt, Dinge zu tun, die vom Standpunkt finanzpolitischer Orthodoxie als ungesund erscheinen mögen.

Summary: The Problem of Poverty in the Backward Areas. In recent years, and particularly since the announcement of Truman's Point Four Programme, the insight has gained ground in the highly industrialized countries that it most urgently devolves on them to cooperate in the development of the backward areas which are mostly also important suppliers of raw materials. The main difficulties spring from the immense poverty dominating these regions. On account of growing nationalism, the population of the backward areas is no longer prepared to passively accept this poverty, a fact which dangerously exposes it to the partly very active Communist influences: thus, the economic stabilization of these areas also becomes a political problem for the western world, and to fight this poverty is one precondition for securing the western hemisphere its raw material supplies. Under these aspects, the author investigates the problem of poverty which is rendered so extremely difficult above all by a constant pressure of population. The Malthusian law is still valid in these areas, and it never ceases to operate until after several decades of industrialization. Also, precisely on account of this poverty the prevailing capital shortage cannot be overcome by the creation of capital from the countries' own sources, and this state of affairs can only be remedied either by foreign lending or by a policy of inflation. Because of these peculiar conditions, the backward areas should be generally approached neither for the often practised policy of inflation nor, during the initial stages, for a policy of economic planning.

Résumé: Pauvreté — problème des pays arriérés. Au cours des années dernières, surtout après la mise en vigueur du programme du Point IV par Truman, les pays industrialisés ont compris que leur coopération en faveur du développement des pays arriérés est urgemment nécessaire, étant donné que ces pays, pour la plupart, sont des fournisseurs de matières premières. Pourtant il y a des difficultés. Sous le joug traditionnel d'une pauvreté extrême les populations des pays arriérés s'impatientent contre leur situation à mesure que les tendances nationalistes augmentent. Le fait qu'elles se montrent sensibles à la propagande communiste plus ou moins active double le problème de la stabilisation économique d'un problème politique: Les Etats-Unis et l'Europe seront en état de s'assurer l'approvisionnement en matières premières par ces pays seulement à condition qu'ils réussissent à combattre la pauvreté. Selon l'auteur ce problème est compliqué surtout du fait de la pression exercée par l'augmentation permanente de la population. Dans ces pays règne encore la loi-Malthus qui perd son efficacité seulement après quelques décades d'industrialisation. Cette pauvreté rend impossible toute formation de capitaux. Les seules remèdes consistent donc dans une politique inflationniste ou dans l'investissement de capitaux étrangers. Eu égard à cet ensemble de conditions spéciales des pays arriérés, il n'est pas possible de condamner en bloc soit leur politique inflationniste souvent pratiquée, soit l'économie planifiée pendant les premières étapes de leur développement.

Resumen: El problema de la pobreza en los países de desarrollo retardado. En el curso de los recientes años y especialmente desde el anuncio del programa del punto IV de Truman, los países altamente industrializados han reconocido que su cooperación en el desarrollo de los países atrasados, que las más veces son también proveedores importantes de materias primas, es una necesidad urgente. Las dificultades principalmente resultan de la gran pobreza que predomina en aquellos países. Porque la población de los países menos desarrollados, a causa del despertado nacionalismo, no está dispuesto a contentarse con esa pobreza, de manera que queda muy susceptible de la a menudo muy activa influencia comunista, la estabilización económica de aquellos países constituye un problema político para el hemisferio occidental, y el combate de la pobreza es un requisito para la protección de sus adquisiciones de materias primas. Bajo este ángulo de vista, el autor examina el problema de la pobreza, que viene siendo agravado por el continuo aumento de la población. El autor opina que en aquellos países todavía está vigente la ley de Maltus, la cual perdería su vigencia solamente después de muchas décadas de la industrialización. Tampoco se podría allanar la escasez de capital debido a la pobreza que predomina en aquellos países, de manera que se podría poner remedio a esta situación solamente por inversiones de capital extranjero o por una política inflacionista.